

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 32. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. September 2011, 9:30 Uhr
auf dem Messegelände der NORLA in Rendsburg

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttisch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Andreas Beran (SPD)

i. V. v. Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung im Tierschauzelt	4
Teilnahme am Rundgang	
2. Abschlussgespräch in der Halle der Landwirtschaftskammer	5
a) mit Vertretern der Landwirtschaftskammer	
b) mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Tierzüchter	

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung im Tierschauzelt
Teilnahme am Rundgang

Der Ausschuss nimmt an der Eröffnung der NORLA sowie dem anschließenden Rundgang teil.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Abschlussgespräch in der Halle der Landwirtschaftskammer

a) mit Vertretern der Landwirtschaftskammer

b) mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Tierzüchter

Herr Heller, der Präsident der Landwirtschaftskammer, weist auf die neuen Zielvereinbarungen hin und macht darauf aufmerksam, der reduzierte Zuschuss werde zur Folge haben, dass Personal abgebaut werden müsse. Dieser Personalabbau könne im Rahmen der normalen Fluktuation durchgeführt werden. Notwendig sei auch, Geld auf dem Markt zu verdienen. Dafür sei entscheidend, Akzeptanz bei der entsprechenden Klientel zu haben.

In Futterkamp werde ein neuer Maststall gebaut. Ziel sei, die Ferkel in die Mast zu überführen.

Herr Pallasch, der Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer, legt dar, im nächsten Jahr werde die Landwirtschaftskammer voraussichtlich ein Minus schreiben. Das erarbeitete Strukturkonzept verfolge das Ziel, bis etwa 2015 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Er geht kurz auf die drei Zielvereinbarungen zur Selbstverwaltung, zum Pflanzenschutz und zum Gütezeichen ein und äußert die Erwartung, dass die gebündelten Initiativen insbesondere im Bereich Gütezeichen erhalten blieben und auch nach Auslaufen der Zielvereinbarung fortgesetzt würden.

Für zukunftsweisend hält er eine Zusammenarbeit der verschiedenen am Standort Rendsburg niedergelassenen Institutionen zum Bereich regenerative Energie.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt Herr Pallasch dar, festzustellen sei, dass der Bedarf an Beratung in einigen Bereichen gesunken sei, in anderen gestiegen. Darauf müsse reagiert werden. Mitarbeiter müssten entsprechend fortgebildet und anders eingesetzt werden. Herr Heller bestätigt, entscheidend sei, die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu behalten. Gleichzeitig müsse sich die Landwirtschaftskammer auf dem Markt bewähren.

Er geht kurz auf den in die Diskussion eingebrachten Vorschlag ein, die Umlagen anzupassen, und spricht sich dagegen aus.

Herr Leisen, Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Tierzüchter, geht auf das Thema Tiertransporte ein. Er verweist auf die europäische Tierschutztransportverordnung und führt aus, dass diese in einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgelegt werde. Dies führe zu einem Wettbewerbsnachteil schleswig-holsteinischer Tierzüchter. An Beispielen schildert er auch den tierschutzrechtlichen Aspekt. Für unverständlich halte er, dass es Grundlagen auf europäischer Ebene gebe, die maßgeblich seien, einzelne Bundesländer in der Bundesrepublik aber noch höheren Standards setzten.

Diese Standards resultierten aus einem Handbuch, mit dessen Auslegung sich die Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Tierzüchter nicht einverstanden erklären könne. Sie habe ein Gutachten für rund 200.000 € in Auftrag gegeben worden, um Rechtsklarheit zu schaffen.

Nach seiner Auffassung sollte das Europäische Recht nicht durch gut gemeinte Vorschriften noch ausgedehnt werden. Es gäbe keine wissenschaftlich belegten Erkenntnisse, die zusätzliche Forderungen rechtfertigten. Dies alles sei zu sehen vor dem Hintergrund, dass in Schleswig-Holstein 70 % der tragenden Zuchttiere - bezogen auf Rinder - in den Export gingen. Es handele sich hier also um eine Frage des Wettbewerbs.

M Dr. Rumpf bestätigt, dass die Probleme bekannt seien. Die Landesregierung stehe auf der Seite der schleswig-holsteinischen Tierzüchter und versuche in Verhandlungen, vernünftige Lösungen zu erreichen.

Frau Paulsen-Schlüter, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Tierzüchter, legt dar, entscheidend sei, dass zusätzliche Maßnahmen sicherlich medienwirksam seien. Die entsprechenden Länder könnten verkünden, dass sie mehr für Tierschutz täten. Wer sich gegen eine solche Regelung ausspreche, gerate in die Buh-Ecke. Mit dem in Auftrag gegebenen Gutachten erhoffe sich die Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Tierzüchter wissenschaftlich fundierte Argumente.

Herr Leisen weist darauf hin, dass im nächsten Jahr auf europäischer Ebene ein Tierschutzgesetz vorgelegt werden solle. Hier müsse darauf geachtet werden, dass bestimmte Standards eingehalten würden. Die Haltung der Tierzüchter sollte hier möglichst frühzeitig aufgezeigt werden.

Herr Brockhoff, Mitarbeiter im Referat Landwirtschaftliche Produktion, Gartenbau im MLUR, hält eine Ausnahmegenehmigung für Fahrzeuge mit einer Höhe von 4,20 m, die Herr Leisen als mögliche Lösung angesprochen habe, für äußerst schwierig. Diese gelte nämlich nur für unveränderliche Fahrzeuge.

Er macht darauf aufmerksam, das Problem bei Empfehlungen sei, dass sie unterschiedlich ausgelegt werden könnten.

Er weist darauf hin, dass es vor einiger Zeit einen Beschluss der Umweltministerkonferenz gegeben habe, der anstrebe, eine möglichst bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen.

Die Frage des Herrn Heller, ob sich die Fernsehberichterstattung über chronischen Botulismus auf Preise und Export ausgewirkt habe, verneint Herr Leisen.

Herr Dr. Bielfeldt, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Tierzüchter, verweist auf die bestehenden Rechtsgrundlagen und weist darauf hin, dass es im Bereich des Tierschutzes insgesamt positive Entwicklungen gegeben habe. Vor diesem Hintergrund wolle er Bereiche benennen, die die Tierzüchter derzeit sehr bewegten. Dies seien die Themen Ebermast und Ferkelkastration. Die Tierzüchter verschlössen sich einer Ebermast nicht. Allerdings sei Voraussetzung dafür eine Akzeptanz von Eberfleisch beim Verbraucher.

Er legt ferner dar, das Kopieren von Schwänzen bei Ferkeln sei verboten. Es gebe aber durchaus Situationen, in denen dies notwendig sei, da sich Ferkel diese gegenseitig abbissen. Dies sei ein Phänomen, das immer wieder auftrete.

Er spricht ferner den Schenkelbrand bei Trakehnern an. Der Vorsitzende und Abg. Rickers legen dazu dar, dass sich die Abgeordneten bereits vor Ort über diese Thematik informiert hätten und sich weiter kundig machten.

Herr Dr. Bielfeldt berichtet, seit 2005 sei ein europäisches Tierschutzgesetz in Vorbereitung. Für 2012 werde ein Gesetzentwurf erwartet. Grundsätzliches Ziel sei, die Einzeldirektiven und Verordnungen in einen einheitlichen Rahmen zu bringen und Standards zu definieren, wie mit dem Begriff Tierschutzgesundheit umgegangen werde. Für Tierzuchtorganisationen leiteten sich daraus die folgenden Fragen ab: Unter welchen Grundsatzregeln soll das Gesetz stehen? Wie seien Verantwortungs- und Kostenteilung? Wer gebe den Gesundheitsstatus vor, die europäische Ebene oder die lokale Ebene? Wie würden Erkrankungen und Seuchen von Tieren katalogisiert? Welche Strategien sollten ergriffen werden, wenn es um Biosicherheit gehe?

Zu diesen Bereichen wollten die Tierzüchter einen Erfahrungsaustausch und Gedankenaustausch mit allen Ebenen, auch der politischen Ebene, aufnehmen. Für die Tierzüchter stehe die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Fokus. Sie wollten sich einbringen, wenn es um weitreichende Entscheidungen gehe, die die Existenz von Betrieben betreffe.

Der Vorsitzende versichert die Gesprächsbereitschaft sowohl des Ausschusses als auch der einzelnen Mitglieder des Ausschusses.

M Dr. Rumpf führt dazu aus, derzeit werde auf Fachebene diskutiert. Sie regt an, einen Runden Tisch durchzuführen, um die fachlichen Vorstellungen sowohl des Ministeriums als auch der Tierzuchtverbände zusammenzubringen und frühzeitig in Brüssel Gespräche führen zu können.

Herr Leisen begrüßt diesen Vorschlag. Für schwierig hält er, dass die Stellungnahmen aus der Bundesrepublik unkoordiniert seien. Vor diesem Hintergrund würde er eine Abstimmung der Positionen begrüßen.

Abg. Dr. von Abercron regt an, bei diesem Thema auch das Hanse-Office einzubeziehen und gegebenenfalls eine Informationsveranstaltung in Brüssel durchzuführen.

Herr Heller weist auf die Vertretung der Landwirtschaftskammer in Brüssel hin, die sicherlich auch einbezogen werden könne.

Herr Leisen geht sodann auf das Thema Biopatente ein und macht deutlich, die Tierzüchter sprächen sich nicht gegen den Einsatz technischer Verfahren aus, allerdings sollte ein Weg gefunden werden, der die Entscheidungsfreiheit der Züchter bei der Züchtung nicht durch Patente einschränke. Angesichts der Vielzahl der angemeldeten Patente in diesem Bereich bestehe ein Änderungsbedarf der Biopatentrichtlinie.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 14:10 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin